

VSEG-Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden Januar-Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der VSEG informiert Sie mit dem aktuellen „Standpunkt“ wiederum über seine Empfehlungen zu einzelnen Vorlagen für die Januar-Session. Bei den nachstehenden Geschäften und Empfehlungen handelt es sich um Leistungsfelder der Einwohnergemeinden oder zumindest um Bereiche, die von den Gemeinden umgesetzt werden. Aus diesen Gründen erachten wir es als wichtig und richtig, wenn die notwendigen Entscheide im Interesse der Gemeinden gefällt werden!

PI 137/2018

Parlamentarische Initiative Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten): Tatsächliche Parität in der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) herstellen (FIKO)

Der VSEG empfiehlt die Ablehnung der parlamentarischen Initiative.

Die nun eingesetzte Arbeitsgruppe wird sich mit genau den in der parlamentarischen Initiative aufgeworfenen Fragestellungen befassen. Zudem wird die parlamentarische Initiative als zu starr empfunden. Die Gemeindevertreter verlangen in Zukunft zwei Sitze in der GAVKO und werden im nun laufenden Verfahren die Forderung nach der tatsächlichen Parität einverlangen. Die Annahme der parlamentarischen Initiative hätte konkret zur Folge, dass sich dann eine kantonsrätliche Kommission mit der Umsetzung des damaligen Auftrags befassen müsste und der Regierungsrat dadurch aus der Umsetzungsverantwortung wäre.

I 073/2018

Interpellation Fraktion FDP.Die Liberalen: Verhinderung Sozialtourismus von Nachbar-Kantonen in den Kanton Solothurn (DDI)

Der VSEG ist mit der regierungsrätlichen Antwort nur teilweise einverstanden.

Dass hier nicht ein expliziter oder eben sofortiger Zuzugs-Tourismus von den Nachbarkantonen Bern und Aargau erfolgt oder schon erfolgt ist, muss aus unserer Sicht nicht zwingend bewiesen werden können. Vielmehr müssen der Kanton und die Gemeinden nicht nur eine kantonale, sondern eben die nachbarschaftliche Entwicklung sehr gut beobachten und auf die in Aussicht stehenden Entwicklungen in den Nachbarkantonen Bern und Aargau vorbereitet sein. Gerade in den Grenzgemeinden im Niederamt wie auch im westlichen Kantonsteil stehen heute sehr grosse und kostengünstige Wohneinheiten im Leerwohnungsangebot bereit, einen möglichen Abwanderungsfluss aus den Nachbarkantonen aufzufangen. Der VSEG ist in diesem Bereich klar der Meinung, dass der Kanton zusammen mit den Gemeinden nicht nur auf Restriktion oder auf die Absenkung des Grundbedarfs setzen soll, sondern es müssen vielmehr die notwendigen Rahmenbedingungen für eine möglichst bedingungslose Integration sowie die Pflicht, möglichst rasch in den 1. Arbeitsmarkt wieder einzusteigen, gefördert werden. Diese Bestrebungen nach der Unabhängigkeit der Sozialhilfe sowie die Situation im billigen Leerwohnungsbereich müssen politisch weiter thematisiert und nach Lösungen gesucht werden. Neben all diesen notwendigen Massnahmen muss die Entwicklung des „Sozial-Tourismus“ – vor allem in den Grenzgemeinden – sorgfältig beobachtet werden! Wenn sich die in den beiden Nachbarkantonen Bern und Aargau beantragten Reduktionen im Grundbedarf durchsetzen sollten, dann muss der Kanton Solothurn zwingend handeln!

A 038/2018

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Lohngleichheit im öffentlichen Sektor (FD)

Der VSEG empfiehlt die Ablehnung des Auftrags.

Auf kommunaler Ebene wird die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann mit den angewendeten Lohnsystemen bereits umgesetzt. Somit sind in diesem Bereich keine übergeordneten Vorschriften nötig.

A 055/2018

Auftrag Gloor (CVP, Oensingen): Beglaubigungen auf Gemeinden vereinfachen (STK)

Der VSEG empfiehlt dem Kantonsrat die Erheblicherklärung des Auftrags mit folgendem Wortlaut: Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Änderung des EG ZGB (§§ 24 Abs. 1 und 26 Abs. 1) vorzulegen, mit der die Einwohnergemeinden ermächtigt werden, die Zuständigkeit zur Beglaubigung in einem rechtsetzenden Reglement zusätzlich den Vizepäsidenten und Gemeindevizepräsidenten einzuräumen.

Wir sind ebenfalls davon überzeugt, dass gerade bei grösseren Gemeinden der Bedarf nach einer Erweiterung der Zuständigkeiten für Beglaubigungen ausgewiesen ist. Aus diesen Gründen unterstützen wir den Auftrag mit dem vorstehenden Wortlaut.

I 140/2018

Interpellation André Wyss (EVP, Rohr): Dem Schulstress entgegenwirken – alternativen zur Volksschule (DBK)

Der VSEG stimmt der regierungsrätlichen Antwort zu.

Der Kanton hat zusammen mit den Gemeinden den Auftrag, für alle Kinder unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Leistungsfähigkeit oder Familiensituation eine gleichwertige Schulbildung sicherzustellen, womit jedes Kind die gleichen Bildungsmöglichkeiten erhält. Dieser Auftrag wird mit der öffentlichen Volksschule sichergestellt. Es ist nicht nötig, weitere Bildungssysteme zu fördern.

I 144/2018

Interpellation Thomas Studer (CVP, Selzach): Umweltbildung in der Sekundarstufe 1 (DBK)

Der VSEG stimmt der regierungsrätlichen Antwort zu.

Der Schutz unserer Umwelt und Ressourcen ist ein immer wichtiger werdendes Thema, welches auch bereits jungen Menschen vermittelt werden muss. Aus diesem Grund verfügt die Volksschule heute bereits über genügend Angebote, um den Schülern den Umweltgedanke mit den entsprechenden Lehrmitteln zu vermitteln.

A 058/2018

**Auftrag Fraktion Grüne: Budget- und Schuldenberatung als Leistungsfeld sichern
Stellungnahme des Regierungsrates (DDI)**

Der VSEG stimmt dem regierungsrätlichen Antrag grundsätzlich zu. Abgeänderter Wortlaut: Der Kanton und die Gemeinden sind für die präventiven Massnahmen im Bereich der Schuldenberatung verantwortlich.

Auch der VSEG und die Gemeinden sehen den Bedarf einer gut ausgebauten Budget- und Schuldenberatung. Mit einer guten und effektiven Budget- und Schuldenberatung können nicht nur die benötigten Sozialhilfeleistungen reduziert und die regionalen Sozialdienste entlastet sondern sowohl für die Gemeinden als auch für den Kanton finanzielle Mehrerträge (weniger Steuerausstände) generiert werden.